

## Generalrat Dürdingen

|              |                                    |
|--------------|------------------------------------|
| <b>Thema</b> | Motion:<br><b>Nothilfe Ukraine</b> |
| <b>Datum</b> | 14.03.2021                         |

Sehr geehrte Dürdingerinnen und Dürdinger

Die SP – Fraktion unterstützt das Begehren von Generalrat Michael Zurkinden einstimmig, welche mit der Motion: „Nothilfe Ukraine“ fordert, dass die Gemeinde einen Betrag von CHF 42`500.- für die Nothilfe in der Ukraine spendet. Diese Spende soll den Menschen direkt vor Ort zugutekommen, denn die Not in der Ukraine ist sehr gross.

Und doch muss ich ehrlicherweise zugeben, hatte ich anfangs Bedenken, ob ich diese Motion befürworten kann, weil ich finde, dass

- wir uns während Krisenzeiten extrem bemühen müssen, uns an Abmachungen zu halten. Verlässlichkeit vermittelt Sicherheit und dies sollte nach Möglichkeit eingehalten werden. Im Artikel 38 im Generalratsreglement steht, dass Motionen in der Regel mindestens 60 Tage vor der Sitzung eingereicht werden müssen. Aus aktuellem Anlass konnte diese Frist natürlich nicht eingehalten werden. Allerdings wissen wir schon seit Jahren, dass im Osten der Ukraine Krieg herrscht. Wir haben es versäumt, uns zu engagieren.
- Zudem finde ich, dass es nicht sein darf, dass wir erst handeln, wenn der Krieg zum Fürchten nah ist oder die schutzsuchenden Menschen dieselbe Augenfarbe haben wie du und ich.

Diese kurzfristig eingereichte Motion wirft jedoch eine Grundsatzfrage auf. Sie steht entsprechend für solidarisches und verantwortungsbewusstes Handeln im Hier und Jetzt, aber auch für die ZUKUNFT.

Doch die SP-Fraktion ist überzeugt, dass diese Notspende nicht ausreicht.

Auf der Webseite Flüchtlingshilfe.ch ist heute zu lesen, dass bereits über 2,8 Millionen ukrainische Personen geflohen sind. Nach ersten Schätzungen beträgt der Anteil der Kinder unter den Schutzsuchenden 50 Prozent. Die humanitäre Lage spitzt sich von Tag zu Tag weiter zu.

Dürdingen sollte ihren Solidaritätsbeitrag auch hier vor Ort in Dürdingen beweisen und Schutzsuchenden

- geeignete Unterbringungsplätze, Ansprechstellen und Informationen zur Verfügung stellen
  - soziale Kontakte vernetzen und ermöglichen
  - Kindern schnellstmöglich Farben, Papier, ein Spiel, Schulmaterial usw. für den Alltagsbedarf zur Verfügung stellen
  - Deutschkurse organisieren
  - Schutzsuchenden Zeit schenken und mit ihnen das Dorf auszukundschaften, sie auf einen Spaziergang / ein Zvieri einladen usw.
-

Menschen mit ihren traumatischen Erlebnissen darf man nicht allein lassen.

In dieser komplizierten und bedrohlichen Zeit dürfen wir uns selbst jedoch nicht vergessen. Schlecht schlafen, gereizte Stimmung, darf man sich noch freuen oder lachen oder ist es nicht mehr angebracht...kurz, die aktuelle Lage wirft viele Fragen und Emotionen auf.

Deshalb halte ich es für notwendig, dass wir verlässlich, stabil und informiert den Alltag gestalten und dafür müssen wir uns engagieren.

Was könnte die Gemeinde für uns Düdinger:innen tun?

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Gemeinde auf ihrer Homepage zuverlässige Informationsquellen von bereits vorhanden Webseiten verlinken würde, wie zum Beispiel:

- Seriöse Internetseiten zur aktuellen Lage
- Geeignete Apps, welche uns umgehend bei einem Ereignisfall informieren und warnen
- Szenario im Ernstfall
- Adressen und Koordination für Schutzsuchende
- Links für Eltern und Kinder, wenn der Krieg die Psyche belastet
- Aufruf zum Faktencheck, um sich von Fake News zu schützen

Ende 2020 waren weltweit über 82 Millionen Menschen auf der Flucht. Kinder und Erwachsene werden aus ihrer Heimat vertrieben wegen Krieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Hunger, Klima und Umweltschutz, Diskriminierung und Verfolgung.

Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen schätzt, dass sich die Zahl der Zwangsvertriebenen in den kommenden Jahren auf 100 Millionen erhöhen wird. Mit diesem Wissen und dem heutigen Aufruf zur Solidarität, sind wir der Meinung, dass wir die Augen nicht mehr verschliessen können und fordern den Gemeinderat auf, den akuten Budgetbetrag für Hilfsaktionen, karitative Aufgaben, In- und Auslandshilfen zu überdenken, um diesen zu erhöhen und ab nächstem Jahr mit zum Beispiel einem Promille des Gesamtbudgets ins Budget aufzunehmen.

Auch uns ist es bewusst, dass wir damit keine grundlegenden Veränderungen erreichen, doch Solidarität ist keine einmalige Sache – es ist eine Grundhaltung!

Wir tragen alle zusammen eine Verantwortung gegenüber anderen Menschen, denn eines ist sicher: NIEMAND FLÜCHTET FREIWILLIG!

Für die SP Susanne Aeschlimann